

# INTERESSE

## Weil Geld auch zählt: Die Richtlinie zur ethischen Geldanlage in der katholischen Kirche Österreichs

In ihrer Frühjahrsversammlung 2024 haben die Bischöfe der katholischen Kirche in Österreich die Überarbeitung der Richtlinie zur ethischen Geldanlage beschlossen. Dabei geht es darum, zentrale christliche Grundwerte auch bei der Geldanlage anzuwenden.

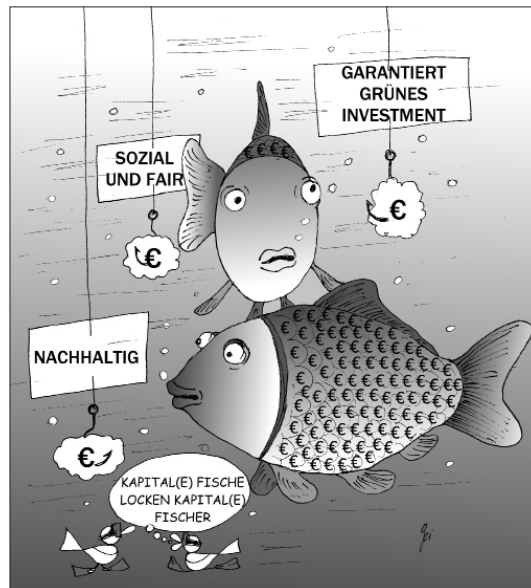
von Klaus Gabriel

Die Bischöfe der katholischen Kirche in Österreich haben die Überarbeitung der „Richtlinie Ethische Geldanlagen der Österreichischen Bischofskonferenz und der Ordensgemeinschaften Österreich (FinAnKo)“ beschlossen. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 93 der Österreichischen Bischofskonferenz am 15. Mai 2024 sie in Kraft gesetzt. In diesem Beitrag wird die Richtlinie in ihren Grundzügen vorgestellt, mit anderen Praktiken und Standards der ethisch-nachhaltigen Geldanlage in Beziehung gesetzt und hinsichtlich zukünftiger Herausforderungen diskutiert.

### Zweck und Inhalt der Richtlinie

Bereits im Jahr 2006 veröffentlichte die Österreichische Bischofskonferenz erstmals Ethik-Richtlinien für die Geldanlage, die konkrete Empfehlungen für die Berücksichtigung ökologischer und soziale Kriterien bei der Geldanlage enthielten. Im Jahr 2018 folgte die wesentlich umfangreichere Richtlinie „Ethische Geldanlagen“, die nun – nach einem zweijährigen Überarbeitungsprozess inklusive einer Stakeholder-Umfrage und Expert:innen-Interviews – in einer überarbeiteten

Fassung vorliegt. Sie richtet sich an alle Institutionen der römisch-katho-



lischen Kirche in Österreich und ist für Einrichtungen in der unmittelbaren und mittelbaren Verwaltung der Bischöfe verbindlich. Für Ordensgemeinschaften erlangt die Richtlinie Verbindlichkeit durch Inkraftsetzung der Ordensoberen. Für die Erstellung und Weiterentwicklung der Richtlinie hat die Bischofskonferenz die sechsköpfige „Ständige Kommission FinAnKo“ berufen, die auch die Aufgabe hat, die Anwendung zu beobach-

ten und für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

Die Beschäftigung der Kirche mit Fragen der eigenen Geldanlage ist unausweichlich: Die Kirche verfügt über Vermögen, das der Erfüllung der vielfältigen kirchlichen Aufgaben dient. Die Verwendung dieses Vermögens – und somit auch seine Veranlagung – ist damit zweckgebunden. Konkret bedeutet das, dass die Veranlagung von Vermögen die Aufgaben und Ziele der Kirche nicht nur nicht konterkarieren darf, sondern nach Möglichkeit die Bewältigung dieser Aufgaben und die Erreichung dieser Ziele sogar unterstützen soll. Die Themen, um die es dabei geht, lassen sich mit den drei Leitworten des ökumenischen konziliaren Prozesses der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver (1983) auf den Punkt bringen: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die Richtlinie definiert in diesem Kontext zwölf Handlungsfelder mit entsprechenden Subthemen, die im Kontext der Geldanlage zu berücksichtigen sind.

Über die ökonomischen Zwecke einer Geldanlage (risikoadjustierte Renditeerwirtschaftung) hinaus

Über die ökonomischen Zwecke einer Geldanlage (risikoadjustierte Renditeerwirtschaftung) hinaus

# Weil Geld auch zählt: Die Richtlinie zur ethischen Geldanlage in der katholischen Kirche Österreichs

Fortsetzung von Seite 1

verfolgt die ethische Geldanlage das Ziel, einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zu leisten. Die Richtlinie benennt drei Prinzipien ethischer Geldanlagen: Positionieren, Stimulieren und Transformieren. Dabei geht es darum, zentrale christliche Grundwerte auch bei der Geldanlage zu leben und sichtbar zu machen, Finanzdienstleister, Investor:innen und Unternehmen zu sozial und ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaftstätigkeiten zu motivieren und insgesamt durch ein entsprechendes Investitionsverhalten einen Beitrag zum Übergang in ein gerechteres und nachhaltigeres Wirtschaftssystem zu leisten. Dafür formulierte die Richtlinie (i) Bereiche, in die nicht investiert werden darf (Ausschlusskriterien), (ii) Bereiche, die einer Positiv- und Negativbewertung zu unterziehen sind, um relativ nachhaltige Unternehmen bei Investitionen präferieren zu können (Best in Class-Prinzip) und (iii) Praktiken verantwortlicher Investorenschaft im Sinne der in der Katholischen Soziallehre propagierten Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Dialog und Ausübung von Stimmrechten). Für eine korrekte Umsetzung der Richtlinie ist zu beachten, dass alle drei Aspekte zu berücksichtigen sind.

## Das Verhältnis der Richtlinie zur Sustainable Finance-Bewegung ...

Ein zentrales Anliegen der Richtlinie besteht darin, dass die Kirche in Österreich mit einer Stimme spricht, weil davon auszugehen ist, dass ein gemeinsames Vorgehen die Chance erhöht, an den Finanzmärkten wahrgenommen zu werden. Erste Erfahrungen zeigen auch, dass die Finanzwirtschaft Dienstleistungen und Produkte zur Umsetzung der Richtlinie erarbeitet und sich mit den dahinterliegenden Prinzipien und Kriterien befasst.

Kirchliche Anlagerichtlinien sind keine neue Erfindung. Abgesehen von frühen Initiativen religiös moti-

vierter Gruppen in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben hierzulande einzelne Ordensgemeinschaften und erste Diözesen schon vor mehr als 20 Jahren ökologische und soziale Kriterien für ihre Geldanlagen formuliert. Ebenso haben mehrere Bischofskonferenzen und auch die evangelisch-protestantischen Kirchen in einigen Ländern Orientierungshilfen und Leitlinien für die Geldanlage entwickelt. Zwar haben diese in der Regel keinen verbindlichen Charakter wie die Richtlinie der Österreichischen Bischofskonferenz, insgesamt haben diese Entwicklungen jedoch dazu beigetragen, dass sich so etwas wie eine ethische Nische der Geldanlage am Finanzmarkt etablieren konnte. Diese – oft gegen massive Widerstände erkämpften – Beispiele haben den Beweis erbracht, dass eine Alternative zur rein auf Shareholder Value abzielenden Geldanlage möglich ist: Professionelle Vermögensverwaltung auf der Basis christlicher Grundwerte funktioniert.

Parallel dazu entstanden zum Teil staatliche, zum Teil privat organisierte Standards, Labels und Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen, die ebenfalls zur Etablierung und qualitativen Weiterentwicklung ethisch-nachhaltiger Geldanlagen beigetragen haben. Spätestens mit dem im Jahr 2018 auf EU-Ebene beschlossenen EU-Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums und der Entwicklung einer Taxonomie nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten hat das Thema seinen Durchbruch an den Finanzmärkten geschafft. Ein Vergleich dieser Initiativen, Standards und Anwendungen zeigt, dass dabei unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. So fällt auf, dass die Mehrzahl der nachhaltigen Finanzprodukte einen ökologischen Fokus haben und sich häufig dem Klimawandel widmen. Bezeichnenderweise ist die EU-Taxonomie nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten – die in regulatorischer Hinsicht mitt-

lerweile zentrale Vorgabe zur Ausgestaltung nachhaltiger Finanzprodukte – in erster Linie eine um soziale Mindeststandards ergänzte Umwelt-Taxonomie. Eine eigenständige Sozial-Taxonomie war zwar ursprünglich geplant, wurde aber auf die lange Bank geschoben und hat gegenwärtig wenig Chancen auf Realisierung.

## ... und ihre Rolle

Zweifelsohne: Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Es wäre jedoch fatal, demgegenüber andere, ebenso drängende ökologische und soziale Herausforderungen zu vernachlässigen, wie sie etwa mit den 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen benannt werden. Auf den Punkt bringt das Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'*: „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussion aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (*Laudato si'*, 49, Hervorhebungen im Original). Analog dazu bilden Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung auch die gemeinsame Grundlage der Richtlinie Ethische Geldanlage und beziehen sich die zwölf darauf aufbauenden Handlungsfelder auf ökologische und soziale Themen gleichermaßen. Neben der stetigen, sich an Lernprozessen und wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierenden Weiterentwicklung der Richtlinie ist die Sensibilisierung der am Finanzmarkt tätigen Akteur:innen für die Verschränkung und wechselseitige Beeinflussung gesellschaftlicher, ökologischer und sozialer Themen demnach eine zentrale Aufgabe für die Zukunft.

*Dr. Klaus Gabriel, Sozial- und Wirtschaftsethiker, Mitglieder der Ständigen Kommission FinAnKo. Link zur Richtlinie: <https://www.katholisch.at/finanko>*

# Deglobalisierung: Wirtschaft sozial gerecht gestalten!

**Seit Corona, der Havarie des Container-Schiffes Ever Given, aber auch unter dem Eindruck einer starken chinesischen Wirtschaft wird in westlichen Industriestaaten nicht nur laut über Deglobalisierung nachgedacht, sondern diese bereits praktiziert. Was ist damit gemeint und lässt sie sich sozial-ökologisch gestalten?**

„Deglobalisierung“ steht für einen Prozess, der entgegengesetzt zur Globalisierung verläuft: Staaten gehen in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht nicht mehr aufeinander zu und kooperieren, sondern sie bewegen sich voneinander weg, streben nach mehr nationaler Souveränität, Autarkie und Sicherheit. Wirtschaftspolitisch geht es um die Reduzierung der Abhängigkeiten von anderen Staaten, die Kontrolle über die eigene wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung von politischen und logistischen Risiken entlang nationaler Wertschöpfungsketten.

Dabei ist Nearshoring eine Strategie, die darauf abzielt, Produktionsketten nahe am Heimatland anzusiedeln; beim Friendshoring liegt die Priorität auf der wirtschaftspolitischen Kooperation mit „befreundeten“ Staaten, von denen behauptet wird, dass sie bestimmte (politische) Werte teilen; und mit Reshoring ist die Rückführung der Produktion ins eigene Land gemeint. Teils wird von Decoupling, der wirtschaftlichen „Entkopplung“ (von anderen Ländern), gesprochen. Prominente Beispiele für Deglobalisierung sind der Brexit, also der Ausstieg Großbritanniens aus der EU, und der Handelskrieg, den die USA bekanntlich seit 2018 und jüngst auch die EU v.a. im Bereich der Automobilindustrie gegen China führen.

## Deglobalisierung & Globalisierungskritik

Die Deglobalisierung verbindet sich mit der Kritik an der Globalisierung und am Freihandel. Das ist nicht neu. Solche Kritik gab es bereits von Friedrich List (1789 – 1849). Die humanistische und ökologische Globalisierungskritik – etwa von attac – zielt bekanntlich auf die Konsequenzen der Globalisierung ab, die aus menschenrechtlicher, ethi-

scher und ökologischer Sicht heraus als nicht zumutbar erachtet werden, z.B. die Fragmentierung von Produktionsprozessen und damit einhergehende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, die Ausbeutung von Mensch und Natur und die Einschränkungen demokratischer Handlungsspielräume.

Allerdings griff auch die politische Rechte die Globalisierungskritik auf, gab dieser aber ein anderes, teils nationalistisches Framing: Der Freihandel wird dann nicht wegen der ökologischen und menschenrechtlichen Konsequenzen kritisiert, sondern den wirtschaftsliberalen Rechten ging und geht es vor allem um nationale (Wirtschafts-) Interessen. Hier stehen nationale Wirtschaftswerte im Zentrum, etwa der eigene Standortvorteil im globalen Wettbewerb, der Schutz von nationalen Industrien und Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum.

Dieser Unterschied ist wichtig, da sich die humanistische und ökologische Globalisierungskritik nicht per se gegen Globalisierung richtet, sondern auf eine andere Globalisierung abzielt. Deglobalisierung steht dort nicht für Abschottung und Nationalismus, sondern für eine internationale, solidarische und ökologisch nachhaltige Regulierung, Demokratisierung des globalen Wirtschaftens und die Einhaltung von Grundrechten

## Wirtschaft als Dienst am Menschen?

„Wirtschaft“ und Globalisierung sind damit kein Selbstzweck, sondern werden in den Dienst der Menschen gestellt. Mit der Katholischen Soziallehre heißt das, wirtschaftliches Handeln an den Sozialprinzipien auszurichten, d.h. an Personalität, Solidarität und Subsidiarität, an Gemeinwohl, Nach-

*Dr. Sebastian Thieme, Wissenschaftlicher Referent (Ökonomie), Diplom-Volkswirt (Sozialökonomik & Wirtschaftsethik), KSOe, Wien*

haltigkeit und der vorrangigen Option für die Armen. „Wirtschaft“ kann demnach gestaltet werden und Deglobalisierung ist die Folge solch einer aktiven politischen Gestaltung!

Das darf aber nicht als Abgesang an den internationalen Handel verstanden werden. Es geht vielmehr darum, dass „Wirtschaft“ den Menschen zu dienen hat. Die Vorteile der Globalisierung sind dann zu würdigen, aber auch im Sinne eines guten Lebens für alle tatsächlich möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Gleichzeitig ist Globalisierung unter dieser Maßgabe kritisch zu prüfen und dort, wo nötig, wieder auf einen Weg zu bringen, der sich als ethisch zumutbar, ökologisch nachhaltig sowie menschen- und gesellschaftsgerecht erweist.

Die besondere Qualität dieser ethisch verantwortlichen Perspektive besteht darin, „Wirtschaften“, Globalisierung und Deglobalisierung bewusst an ethischen Maßstäben zu messen – anstatt eine solche Prüfung durch ökonomische Kriterien wie Wettbewerb, Effizienz, Produktivität oder Wachstum zu suspendieren. Das ist kein neuer Gedanke, sondern das wird bereits in Teilen umgesetzt, z.B. mit der Idee, Unternehmen zur Einhaltung menschenrechtlicher und ökologischer Standards entlang ihrer Wertschöpfungskette zu verpflichten (Lieferkettengesetz), mit internationalen Umwelt- und Menschenrechtsabkommen oder mit der Diskussion um eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmen. Soziale und ökologische Gerechtigkeit stehen deshalb für einen aktiven Auftrag, das Wirtschaften sowohl im Nahbereich als auch international sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Das kann Deglobalisierung zur Folge haben, aber auch eine andere Globalisierung bedeuten.

# Die neue Härte – Gesellschaft im Wandel

**Die Migrationsforscherin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) Judith Kohlenberger, spricht mit der INTERESSE-Redaktion, Eva Bauernfeind-Schimek, über ihr aktuelles Buch.**

**INTERESSE: Frau Kohlenberger, ihr Buch trägt den Titel „Die neue Härte“. Gab es einen besonderen Anlassfall, das Buch zu schreiben und diesen Titel zu wählen?**

*Judith Kohlenberger:* Ein starker Eindruck war mit Sicherheit der Schiffbruch vor Pylos im Ägäischen Meer im Juni 2023 mit mehreren Hundert Toten. Ein neuer Strang in der Fluchtforschung zeigt aber schon seit Jahren, dass die Gewalt und Abschottung, die wir an den EU-Außengrenzen sehen, nicht an den Grenzen bleiben, sondern sich ins Innere der Gesellschaft übertragen und auch in Bereichen sichtbar werden, die nichts mit Migration im engeren Sinn zu tun haben – ich denke hier zum Beispiel an die Beschneidung von Grundrechten. Gepaart ist das mit einer starken Blasenbildung und weniger Austausch mit allem, was anders ist. Ich habe nach einem Begriff gesucht, der diese gesellschaftlichen Phänomene verdichtet.

**INTERESSE: Ist diese Härte tatsächlich ein neues Phänomen? Oder war sie auch schon bei früheren Krisensituationen zu beobachten?**

*Judith Kohlenberger:* Die Ablehnung des Fremden ist nicht neu – neu ist aber die Härte als kulturelle Strategie der Bewältigung, um mit einer veränderten Welt zurecht zu kommen oder als Antwort auf gefühlten Kontrollverlust. „Härte“ bedeutet Rückzug. Kurzfristig mag das für Linderung sorgen, treibt uns aber langfristig immer weiter auseinander, verstärkt also genau jene Tendenzen, die uns erst zu dieser Bewältigungsstrategie gebracht haben.

**INTERESSE: Haben sie diese Entwicklung schon vor der Covid-Krise beobachtet?**

*Judith Kohlenberger:* Ja, schon vorher gab es politische Akteur:innen, die sich gut darauf verstanden haben, stark zu emotionalisieren und zu spalten. Das, was ich als neue Härte bezeichne, wurde aber durch Covid noch einmal verstärkt, schon allein durch das Fehlen von sozialen Begegnungsräumen – die Möglichkeiten, in Kontakt zu treten, wurden weniger. Wir werden uns aber erst langsam bewusst, wie nachhaltig die Wunde ist, die die Pandemie gerissen hat.

**INTERESSE: Welche Rolle spielen die „alten“ und „neuen“ Medien bei diesen Veränderungen?**

*Judith Kohlenberger:* Den Medien allein kann man die Verantwortung nicht zuschieben – sie reagieren vielfach auf das, was von den Konsument:innen eingefordert wird. Medien haben aber großen Einfluss auf die Narrative, die erzeugt werden: Welche Bilder werden verbreitet, welche Botschaften gesendet? Um Zugewandtheit zu ermöglichen, brauche ich Nähe, ein „menschliches Antlitz“, Geschichten und Hintergrundberichte. Hier können Medien einen Beitrag leisten, indem sie zum Beispiel Flüchtende nicht nur als gesichtslose Masse zeigt, die unsere Grenzen stürmt und in Elend und Verwahrlosung lebt.

Die Algorithmen von Sozialen Medien befeuern die Abwendung vom anderen und den Rückzug in die eigene Blase. Wir entwickeln immer weniger Toleranz für „das Andere“ oder Fremde, auch, weil wir immer seltener in persönlichen Austausch treten und anderen Attribute zuschreiben, die vielleicht gar nicht da sind.

**INTERESSE: Wie kann man den Trend umkehren und mehr Zugewandtheit schaffen?**

*Dr.<sup>in</sup> Judith Kohlenberger, Institut für Sozialpolitik | Mag.<sup>a</sup> Eva Bauernfeind-Schimek, Referentin Fachbereich Gesellschaft & Soziales*

*Judith Kohlenberger:* Es braucht die Bereitschaft jedes/jeder Einzelne:n zur Zuwendung, die Bereitschaft, Lächer in vorhandene Mauern zu schlagen und Nähe zuzulassen – gut austariert natürlich, denn das Setzen von bestimmten Grenzen ist wichtig. Ich glaube aber auch, dass diese Bewegung nicht nur aus einer individuellen Haltung herauskommen kann, das wäre zu viel verlangt; sie muss institutionell und gesellschaftspolitisch gestützt werden. In meinem Buch spreche ich deshalb auch vom soziologischen Konzept der „Formbarkeit der Geschichte“. Die Zeit muss reif sein für den Wandel, gestützt durch bestimmtes zivilgesellschaftliches Engagement.

**INTERESSE: Sie sehen auch einen Zusammenhang zwischen Abgewandtheit und unserem sehr hektischen Alltag.**

*Judith Kohlenberger:* Menschen brauchen Rahmenbedingungen, die es erlauben, wieder offener zu werden für Fremdes, und dazu gehören mentale und zeitliche Ressourcen. Wenn ich den Eindruck habe, alles hagelt auf mich ein – Nachrichten, Aufgaben, der Alltag – verschließe ich mich. Das ist zutiefst menschlich.

**INTERESSE: Wie wirkt sich Abgrenzung – bis hin zum systemischen Rassismus – gesamtgesellschaftlich aus?**

*Judith Kohlenberger:* Es gibt diese eigenartige Idee, dass sichtbare Gleichstellung „anderer“ einem selbst etwas nimmt. Nach dem Motto: „Ich kann nur gewinnen, wenn der andere verliert“, und umgekehrt. Das hat häufig nichts mit Bössartigkeit zu tun, sondern mit der Erfahrung, dass Ressourcen knapp sind. Und mit der Unkenntnis davon, was Gleichberechtigung für eine Ge-

# Die neue Härte – Gesellschaft im Wandel

Fortsetzung von Seite 4

sellschaft bedeutet – nämlich, dass es volkswirtschaftlich zu besseren Resultaten führt, wenn jeder sein Potenzial voll einbringen kann. Gleichstellung hat empirisch nachweisbar positive Folgen auf die öffentliche Gesundheit, auf Sicherheit und Kriminalität, weil soziale Ungleichheit, die das Leben für alle Bürger:innen schwieriger macht, austariert wird.

## **INTERESSE: Sie sprechen in Ihrem Buch von der Demokratisierung der Grenzen. Was ist damit gemeint?**

*Judith Kohlenberger:* Vorweg: Für legale Fluchtwege einzutreten bedeutet nicht, uneingeschränkt offene Grenzen zu wollen – es bedeutet viel mehr, für klare Verhältnisse zu sorgen. Es muss für beide „Seiten“ anhand von klaren Kriterien nachvollziehbar sein, wer „kommen“ darf und wer nicht. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Grenzen kein rechtsfreier Raum sind, denn das sind sie leider im Moment viel zu häufig. Das illegale Vorgehen von Grenztruppen muss nachverfolgt und sanktioniert werden.

Derzeit entscheidet nur eine „Seite“, wer „drinnen“ sein darf und wer „draußen“ zu bleiben hat – Teil der Problemlage sind aber beide Seiten. Es gibt erste Versuche, auch die „andere“ Seite im Sinne eines demokratischen Beteiligungsprozesses mit einzubeziehen, beispielsweise in Portugal, wo man mit Migrant:innen, betroffenen Organisationen und Gemeinden in Grenznähe vor der Ausformulierung neuer Einwanderungsgesetze kooperiert hat. So kann ein Grenzraum gemeinsam gestaltet und verschiedene Interessenslagen abgebildet werden.

## **INTERESSE: Braucht es in der Politik mehr Emotion als Basis für Zugewandtheit?**

*Judith Kohlenberger:* Die politische Arena ist schon stark emotio-

nalisiert, und dieser Trend hat mit Corona noch einmal Fahrt aufgenommen. Nichtsdestotrotz sind Emotionen wichtig – Emotionen erreichen uns dort, wo es Fakten gar nicht hinschaffen.

Derzeit wird dieses Instrument hauptsächlich von populistischen Parteien genutzt, aber auch Parteien, die sich der Mitte zuordnen, sollten stärker auf Emotion, auf eine „affektive Demokratie“ setzen: auf Geschichten, auf das bereits erwähnte Antlitz des anderen, auf eine persönliche Ebene. Auch bei der Vermittlung von Fakten soll es darum gehen, Bilder zu erzeugen, die emotional anschlussfähig sind. Durch bloße Information und Fakten alleine wird selten ein Meinungsumschwung erreicht, gleichwohl sie das Fundament für Politikgestaltung bilden sollten.

## **INTERESSE: Eine letzte Frage: Warum beherrscht das Thema Migration den politischen Diskurs so stark – warum sprechen Politiker:innen nicht sehr viel häufiger über Bildung, Gesundheit oder Pflege?**

*Judith Kohlenberger:* Wir reden darüber, aber häufig wieder nur mit der Brille der Migration, zum Beispiel über Schüler:innen, die zu wenig Deutschkenntnisse haben und so unser Bildungssystem zum Kollaps bringen; wir reden aber nicht über strukturelle Probleme, die es im Schulwesen oder auch im Gesundheitswesen gibt. In der Wissenschaft spricht man von Ethnisierung oder Religionisierung von Problemlagen – Probleme werden so bequem weggeschoben und einer bestimmten Gruppe Herkunft oder Religion zugeschrieben.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

„Gegen die neue Härte“ von Judith Kohlenberger ist im Juni bei dtv erschienen.

## Veranstaltungshinweis

### Vortrag: Den Frieden im Blick

Der bekannte Friedensforscher und Politikwissenschaftler Thomas Roithner erörtert die aktuelle Situation der derzeitigen Kriegskrisen und wie sich diese weltpolitisch auswirken.

Die wesentliche Frage ist, wie es gelingen kann, eine breite gesellschaftliche und gewaltfreie Friedensbewegung zu formieren.

Welche Vorbilder und Rolemodels gibt es und wie gelingt es uns mit den zur Verfügung stehenden Informationen, die komplizierten geopolitischen Verflechtungen zu verstehen und für den Frieden aktiv zu werden?

**Termin:** Di., 26. Nov. 2024, 19 Uhr

**Ort:** Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels

#### **Referent:**

Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Roithner

Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Kampagnenleiter für die Einführung eines Zivilen Friedensdienstes in Österreich.

#### **Anmeldung erbeten:**

Bildungshaus Schloss Puchberg  
Puchberg 1, 4600 Wels

☎ 07242/47537

Mail: puchberg@dioezese-linz.at

*Kursbeitrag € 16,-*

Frei für Schüler:innen, Lehrlinge, Student:innen

Kooperation zwischen dem Bildungshaus Schloss Puchberg und dem Fachbereich Gesellschaft und Soziales der Diözese Linz

# Mythos: „Die Jugend von heute will ja gar nicht arbeiten“

**Die Jugendarbeitslosigkeit, die Verantwortung für die Situation wird den Jugendlichen selbst zugeschrieben – „die wollen ja gar nicht arbeiten.“ Die Fakten stellen dies anders dar.**

Seit Oktober 2023 steigt die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich an. Dies ist kein neues Phänomen. Wir beobachteten einen signifikanten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren 2008 und 2009 aufgrund der Finanzkrise, zwischen 2012 und 2015 durch einen verzögerten zweiten Konjunktüreinbruch, im Jahr 2020 durch die Corona-Krise und seit 2023 durch den Einbruch der Wirtschaft aufgrund der hohen Inflation und der hohen Kreditzinsen. Junge Menschen sind Hauptbetroffene von Krisen und oft der „Spielball der Konjunktur“. All das hat wenig mit einem Verfall der Arbeitsmoral von jungen Menschen zu tun. Ganz im Gegenteil – Jugendarbeitslosigkeit erscheint häufig als Produkt beinharder Unternehmensinteressen.

## Erklärung von Jugendarbeitslosigkeit

Sobald die Konjunktur strauzelt und die Nachfrage bei Betrieben zurück geht, stellen diese weniger neue Arbeitskräfte ein, wodurch sich die Jobchancen für Schulabsolvent:innen reduzieren. Ebenso verknappt sich das Angebot an offenen Lehrstellen. Junge Menschen sind auch häufiger von Kündigungen/Vertragsauflösungen betroffen. Für Betriebe scheinen die Kosten geringer, wenn sie jüngere Mitarbeiter:innen kündigen, da sie weniger in deren Weiterbildung investiert haben als bei älteren. Junge Menschen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, sind eher in ungeschützten Branchen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko tätig. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen haben junge Menschen in Österreich häufiger geringfügige und/oder befristete Beschäftigungsverhältnisse, arbeiten häufiger in Branchen mit kurzen Kündigungsfristen und sind häufiger bei Arbeitskräfteüberlassungsfirmen angestellt. Natürlich spielen weitere Faktoren wie die Demografie oder

Qualifizierungen oder Mobilität zur Erklärung der Jugendarbeitslosigkeit eine Rolle. Der Haupteinflussfaktor bleibt aber die Konjunktur und die Anzahl der verfügbaren offenen Stellen bzw. Lehrstellen.

## Rückgang an Lehrstellen

Zwischen 2009 und 2023 hat sich die Anzahl an Lehrbetrieben von 36.986 auf 28.249 reduziert. Dabei ist die Anzahl der Jugendlichen in einer betrieblichen Lehre von 124.256 im Jahr 2009 auf 102.397 im Jahr 2023 zurückgegangen. Im letztverfügbaren Monat (Juni 2024) ist die Anzahl an offenen Lehrstellen um 2,7 % im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Im „Lehrlingsbundesland Nr. 1“ Oberösterreich sogar um 14 %. Gleichzeitig waren im Juni 6.300 Jugendliche vergeblich auf Lehrstellensuche. In Oberösterreich ist die Anzahl an Lehrstellensuchenden sogar um 45 % gestiegen. Das Auseinanderklaffen an offenen Stellen und arbeitslosen Jugendlichen ist offensichtlich.

## Rückgang der überbetrieblichen Lehrausbildung

Während der Finanzkrise wurde in Österreich die Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre etabliert, die positive gesellschaftliche und ökonomische Effekte erzielt. Herzstück ist die überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA), die Jugendlichen, die keine betriebliche Lehrstelle finden, ebenfalls zu einer Berufsausbildung verhelfen soll. Durch den Ausbau der ÜBA ist es gelungen, die rückläufige Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zu kompensieren.

In den Ausläufern der Finanzkrise waren mehr als 9.000 Jugendliche in einer ÜBA. Seit 2017 ist die Anzahl der ÜBA-Teilnehmer:innen deutlich rückläufig, was politisch ein erklärtes Ziel der Regierung war. Diese

*Dr. Dennis Tamesberger, Leiter Team Sozialpolitik AK Oberösterreich, Mitglied Landesstellenausschuss der ÖGK*

Zielsetzung rächt sich jetzt. Ein zu knappes AMS-Budget und ein zu geringes Angebot an ÜBA-Plätzen trugen zum aktuellen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit im Wirtschaftsabschwung bei. Da die Entwicklungen vorhersehbar war, kann diese nur als Politikversagen interpretiert werden

## Es braucht eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik „von unten“

Die nächste Regierung sollte versuchen, den defizitorientierten Diskurs über Jugendliche zu beenden, da aus diesem selten adäquate Maßnahmen abgeleitet werden. Gleichzeitig sollte sie Jugendlichen mehr Vertrauen entgegenbringen, und mit ihnen partizipative Projekte starten. Die Maßnahmen sollten sich stärker an den Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen orientieren – es sollte also eine Politik „von unten“ betrieben werden.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollte die finanzielle Situation von Jugendlichen in Arbeitslosigkeit bzw. in Ausbildung verbessern, zum Beispiel indem die Kürzungen der Ausbildungsbeihilfen zurückgenommen und soweit angehoben werden, dass sich junge Erwachsene eine Ausbildung tatsächlich leisten können.

Die ÜBA sollte so konzipiert sein, dass junge Menschen ein Sicherheitsnetz haben. Das bedeutet, dass ausreichend Ausbildungsplätze für Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Berufen bestehen müssen. Hierfür wird das AMS deutlich mehr Budget brauchen, wofür die nächste Regierung den langfristigen, viel zu geringen Budgetpfad korrigieren muss. Die angeordneten Budgetkürzungen von Minus 20 % wären dramatisch und würden bedeuten, dass die Politik Arbeitslosigkeit und speziell Jugendarbeitslosigkeit bewusst in Kauf nimmt. Dann müsste sich die Politik den Vorwurf gefallen lassen, dass sie junge Men-

schen am Einstieg in den Arbeitsmarkt gar nicht mehr unterstützen will.

Quellen: AMS: Arbeitsmarktdaten online  
A&W-Blog | In die Zukunft der Jugend investieren statt Unternehmen subventionieren  
(awblog.at)

resse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
e - int

## BÜCHER

Folgende Bücher sind im Fachbereich Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

### **M. Appel/B. Prainsack: Arbeit – Care – Grundeinkommen. Mandelbaum Verlag, Wien 2024, 239 Seiten.**

Die Rolle und der Wert der Arbeit für unsere Gesellschaft ist unbestritten, ist aber neu zu überdenken. Einerseits gibt es die bezahlte Arbeit, den Job. Andererseits die unbezahlte, die Care-Arbeit, die meistens von Frauen geleistet wird, ohne die aber die bezahlte Arbeit gar nicht möglich wäre. Die Form der bezahlten Arbeit ist die Ursache für unsere Probleme mit der Umweltzerstörung und Klimaerwärmung, als Ergebnis unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Als Ausweg aus diesen Krisen wird als Lösung und Transformationsinstrument das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) vorgeschlagen. Die Diskussion der „Für und Wider“ des BGE wird schon seit Jahren sehr heftig geführt. Folgende Mythen gegen das BGE werden immer wieder vorgebracht: Geld zu bekommen fürs Nichtstun ist ungerecht, weil es auch Reiche bekommen; unfinanzierbar; es höhlt den Sozialstaat aus; es ist eine Herdprämie für Frauen. Laut den Autorinnen ist das Gegenteil der Fall: Das BGE ist das stärkste Fundament für den Sozialstaat und ein Treiber für mehr Nachhaltigkeit.

### **P. Kaczmarczyk: Raus aus dem EGO-Kapitalismus. Für eine Wirtschaft im Dienst des Menschen. Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2023, 205 Seiten.**

Jeder ist für sich selbst verantwortlich, der Markt reguliert die Einkommen.

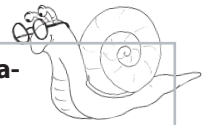
Ob diese Ergebnisse gerecht sind, wird nicht gefragt. Die wirtschaftlichen Krisen, die Spaltung der Gesellschaft sind die Folge des rücksichtslosen Gegen-einanders von Menschen, Unternehmen und Staaten und führt zur Bereicherung einiger Weniger. Die Suche nach möglichen Auswegen führt den Autor zur Katholischen Soziallehre zurück. Die auf der Bibel basierende Lehre gibt eine neue Orientierung der Wirtschaftspolitik mit dem Fokus auf Armut, Prekariat, Ungleichheit, Umwelt, gesellschaftliche Spaltung und internationale Konfrontation. Für eine Änderung ist aber kein Systemwechsel notwendig, sondern eine Besinnung auf bereits vorhandene Werte und Prinzipien, die dem wirtschaftspolitischen Egoismus in fundamentaler Weise entgegenstehen. Ein interessanter Beitrag zur Debatte um eine geeignete Wirtschaftsweise

### **J. Ludwig: Abschied vom Pazifismus? Wie sich die Friedensbewegung neu erfinden kann. Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2024, 208 Seiten.**

Wenn die Friedensbewegung wieder eine ernst zu nehmende Stimme in der gesellschaftlichen Diskussion werden will, muss sie sich ändern. Auf der Grundlage einer kritischen Standortbestimmung zeigt der Autor auf, durch welche Reformen sie wieder zukunftsfähig werden kann. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine war auch eine Zeitenwende für die Friedensbewegung, die sich davor zwischen Dornröschenschlaf und Hirntod bewegte, verursacht durch historische Entwicklungslinien, Polarisierung, Überalterung und sinkenden Mitgliederzahlen. Zu einer Wiederbelebung sind eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Friedensethik, mit dem Dilemma der Gewaltfreiheit, mit der Verhältnismäßigkeit von Notwehr und mit einer klaren Distanz zu rechten und linken Gruppierungen notwendig.

Man muss wieder mehr die Attraktivität des Friedens herausstreichen als vor den Gefahren des Krieges warnen, wieder mehr Friedensbewegung als Anti-Kriegsbewegung sein.

### **Das Schoko-Minz-Kalifat**



Bestimmt kennen Sie

„Das Fest des Huhnes“, in dem Walter Wippersberg afrikanische EthnologInnen ins dunkle Herz Europas (= Oberösterreich) schickt, wo sie wilde Eingeborene, volle Bierzelte und leere Kirchen bestaunen. Der Film war Spott und humanistisches Manifest zugleich – eine treffende Kritik am westlichen Überlebensheitswahn, bei der man herzlich lachen musste. Und zwar über sich und die Seinen. Wippersberg selbst fehlt, aber auch dieser spezielle Humor.

Keine Sorge, es folgt kein „Heute darf man gar nichts mehr sagen!“ Alle Medien sind voller älterer Herren, die sagen, dass sie heutzutage nichts mehr sagen dürfen. Aber wo ist die Leichtigkeit beim Satire-Dienst geblieben? Die Ironie, die Selbstkritik fördert und nicht gleich Halsadern platzen lässt. Alle haben so eine kurze Lunte, man verliert jede Freude an der Spottarbeit. Dabei ist sie notwendiger denn je: Kritik am Kolonialismus stinkt aktuell oft ganz schön nach Antisemitismus. Bei der Wahl für die EU wählt ein Drittel der Eingeborenen eine Partei, die dagegen ist. Das ist so, als würde man mich in der Qualitätskontrolle von „After Eight“ anstellen (Nestlé: wäh! Minzcrème: IGITT!). Oder als schickte man eine bekennende Matriarchin als österreichische Botschafterin nach Kabul. Aber mit einer ironischen ORF-Doku, in der aufgeklärte Wissenschaftlerinnen staunend durch die Welten der Impf-, Gender- und EU-Gegner bzw. Putinfreunde wandern, hätte ich Angst vor Shitstorms und Morddrohungen. Ganz zu schweigen von einer Satire über Menschen, die als Staatsbürger der reichsten Nationen der Welt für ein Kalifat in Europa demonstrieren. Wenigstens vor Schoko-Minz-Fanatikern fürchte ich mich nicht. Doch was, wenn mich dieses scheußliche Schweizer Nahrungsmittelkalifat klagt?!

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse -  
sse - interesse - interesse - interesse - in-  
se - interesse - inter

# TERMINE

## Steuerpolitik neu denken:

### Interaktiver Filmabend zum Thema Vermögenssteuer

Di., 03. September 2024, 19 Uhr

nach dem Konzept von Attac  
Mit Fragen und Fragmenten aus ARD-  
und ARTE-Dokumentarfilm.  
Cardijn Haus, Kapuzinerstraße 49,  
4020 Linz

Informationen: [www.mensch-arbeit.at](http://www.mensch-arbeit.at)

## Geh-denk-amoj; Die Relevanz von Gedenkkultur heute

Fr., 20. September 2024, 19 bis 21 Uhr

Die Gedenkkultur hat in Ebensee, als  
Ort des ehemaligen KZ-Nebenlagers  
von Mauthausen, schon über Jahr-  
zehnte einen guten Boden. Was hilft,  
den Boden weiterhin zu bereiten, ange-  
sichts aktueller Herausforderungen?

Referent: *Bischof Manfred Scheuer*

Ort: *Bruder-Klaus-Kirche Roith/  
Ebensee, Steinkoglerstraße, 4802  
Ebensee*

KBW-Treffpunkt Bildung

☎ 0732/7610 – 3211

Mail: [kbw@dioezese-linz.at](mailto:kbw@dioezese-linz.at)

## 90 Sekunden vor 12: Was hat die Weltuntergangsuhr mit der Klimakrise zu tun?

Sa., 21. September 2024, 09.30 bis  
12.30 Uhr

Die Weltuntergangsuhr des  
„Bulletin of the Atomic Scientists“  
steht auch heuer wieder auf „90 Sekun-  
den vor 12“.

Referentin: *Dr.<sup>in</sup> Helga Kromp-Kolb*

Priesterseminar Linz, Harrachstraße 7,  
4020 Linz

Pax Christi Österreich

☎ 0732/7610 – 3251

## Die Zivilgesellschaft steht gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf! Demokratie verteidigen

So., 22. September 2024, 18 Uhr

Kundgebung am Hauptplatz in Linz  
Bündnis Demokratie Verteidigen  
– Linz

## Neue Perspektiven auf Kriegerdenkmäler Geschichte, Transformation und Gedenkkultur

Etwa 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stellt sich für viele Pfarren  
die Frage nach der Bedeutung und Gestaltung ihrer Kriegerdenkmäler.  
Die Diözese Linz und das Maximilianhaus Puchheim laden ein, um eine  
zeitgemäße und kritische Reflexion des Themas anzustoßen.

Auf Basis grundlegender Fakten zum Zweiten Weltkrieg werden die Ent-  
wicklung und Neubewertung von Kriegerdenkmälern in Oberösterreich  
untersucht und bereits geplante oder umgesetzte Beispiele zur Kon-  
textualisierung und Transformation präsentiert – nicht zuletzt, um zu  
zeigen, wie Kunst das Gedenken prägt und zur Diskussion anregt.  
Die Veranstaltung richtet sich an Interessierte, die sich an einer Diskussion  
über die Herausforderungen und Möglichkeiten des Gedenkens beteiligen  
wollen.

**Fr., 22. November 2024, 16 bis 21 Uhr**  
**Maximilianhaus, Gmundnerstraße 1b,**  
**4800 Attnang-Puchheim**

### Referenten:

Dr. Andreas Schmoller,

Mag. Clemens Gruber,

Dr.<sup>in</sup> Martina Gelsinger

Hubert Lobnig/Moritz Matschke und Rosa Andraschek/Simon Nagy

Weitere Informationen und Anmeldung:

Maximilianhaus, Gmundnerstraße 1b,  
4800 Attnang-Puchheim

☎ 07674/66550, Mail: [maximilianhaus@dioezese-linz.at](mailto:maximilianhaus@dioezese-linz.at)



Veranstalter: Maximilian-Haus Puchheim, Diözesane Fachbereiche Kunst und Kultur /  
Gesellschaft und Soziales, Franz und Franziska Jägerstätter-Institut der KU Linz

## Ökumenische Sozial-Politische Gebete

zum Thema: Migration/Flucht

Di., 15. Oktober 2024, 18 Uhr

Martinskirche, Römerstraße 21, 4020

Linz

## Es ist unsere (einzige) Welt!

Klimaschutz aus philosophischer,  
kirchlicher & weltlicher Sicht

Fr., 18. Oktober 2024, 19 Uhr

Pfarrsaal Enns – St. Laurenz

Lauriacumstraße 4, 4470 Enns

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)

Herausgeberin und Verlegerin: Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,

Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51

E-Mail: [gesellschaft\\_soziales@dioezese-linz.at](mailto:gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at), [www.dioezese-linz.at/soziales](http://www.dioezese-linz.at/soziales)

Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15

Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz

Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Katholische Kirche  
in Oberösterreich